

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,  
Tel.: 0681 8412410 \* Fax: - 15  
mailto: [gdp-saarland@gdp.de](mailto:gdp-saarland@gdp.de) \* [www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de) \* [www.facebook.com/gdp.saar/](https://www.facebook.com/gdp.saar/)

Flugblatt vom 27. Oktober 2022

## GdP fordert Anpassung und Erweiterung der Erschwerniszulagenverordnung für Tätigkeiten im Bereich der Kriminalpolizei

Dass die Aufgaben der Kriminalpolizei immer komplexer werden und eine Vielzahl an Herausforderungen beinhalten, ist längst kein Geheimnis mehr. Um die Attraktivität der operativen Dienststellen im Bereich der Kriminalpolizei zu steigern und den dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mehr Wertschätzung entgegenzubringen, fordert die Gewerkschaft der Polizei die Anpassung der Erschwerniszulagenverordnung für die Verrichtung besonders belastender Tätigkeiten im Bereich der Kriminalpolizei:



Einführung einer KiPo-Zulage  
Aufgrund der außergewöhnlich hohen psychischen Belastungen bei der Aufarbeitung von Fällen im Bereich der Kinderpornografie, bei denen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter tagtäglich mit dem großen Leid der Opfer konfrontiert werden, fordern wir die Einführung einer KiPo-Zulage nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Erhöhung der Zulage bei Leichenschauen Wir fordern die Verankerung der „Leichenschau-Zulage“ in der saarländischen Erschwerniszulagenverordnung sowie eine Erhöhung auf 15,- Euro/Leichenschau. Derzeit werden entsprechende Anträge auf Pauschalvergütung nach dem Saarländischen Reisekostengesetz gem. Erlass des Ministeriums aus dem Jahre 1996 gestellt. Neben der Tatsache, dass die Höhe dieser Vergütung (7,63 Euro/Leiche) nie an die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen angepasst wurde, fordern wir in Zeiten von Personalengpässen und weniger mit diesen besonderen Herausforderungen betrauten Kolleginnen und Kollegen die Abschaffung der Deckelung auf zehn Leichenschauen/Monat.

Einführung einer Zulage bei der Begehung von Brandorten Nach dem Vorbild Berlins fordern wir die Einführung einer Zulage für Tätigkeiten in Brandermittlungssachen, um den besonderen Gefahren der kriminalpolizeilichen Untersuchungstätigkeiten in den ggf. einsturzgefährdeten und/oder kontaminierten Gefahrenbereichen gerecht zu werden.

Unser stv. Landesvorsitzender Florian Irsch: „Es wird höchste Zeit, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Kriminalpolizei, die sich tagtäglich diesen psychischen oder physischen Belastungen ausgesetzt sehen, mehr Wertschätzung für ihre unabdingbare Arbeit erhalten – dafür werden wir uns verstärkt einsetzen.“